Anstoß

Aug-Okt 2026

Zeitung der Linken
Saalfeld-Rudolstadt



Foto: Tom

Ein Jahr – zwischen Anspruch, Zweifel und Aufbruch

Ein Jahr – wenn ich diese zwei Worte schreibe, klingt es zunächst nach einer überschaubaren Zeit. Zwölf Monate, ein Amt, viele Sitzungen, Gespräche, Entscheidungen und Termine. Doch wenn ich zurückblicke, war dieses Jahr alles andere als überschaubar. Es war ein Jahr voller Herausforderungen und Chancen, voller Veränderungen, Begegnungen, Erfolgen und Zweifeln. Ein Jahr, in dem ich viel über politische Verantwortung gelernt habe – und mindestens genauso viel über mich selbst.

Ich hatte von Anfang an einen hohen Anspruch an mich selbst. Ich wollte unseren Kreisverband weiterentwickeln, Strukturen stärken, mehr Menschen einbinden und die politische Arbeit auf breitere Schultern verteilen. Und natürlich wollte ich es gut machen – vielleicht manchmal zu gut.

Verantwortung zu übernehmen bedeutet auch, mit Zweifeln zu leben. Es gibt Erwartungen, die man erfüllen möchte, Menschen, die einem Vertrauen schenken, und Situationen, in denen man sich selbst hinterfragt. All das habe ich in diesem Jahr erlebt. Und so frage ich mich auch heute immer wieder: Mache ich das alles richtig? Schaffe ich das? Hätte ich manches anders machen müssen? Ich glaube, diese Fragen gehören dazu. Gerade dann, wenn einem eine Aufgabe wirklich wichtig ist.

Gemeinsam statt allein

Eine der wichtigsten Erfahrungen dieses Jahres ist für mich: Ein Kreisverband kann nur gemeinsam funktionieren.

Wir haben begonnen, unsere Strukturen weiterzuentwickeln und mehr Möglichkeiten zu schaffen, sich einzubringen. In unseren Arbeitsgemeinschaften können Mitglieder ihre Ideen, Erfahrungen und Themen konkreter in die politische Arbeit unseres Kreisverbandes und im Landkreis einbringen. Ich wünsche mir, dass noch mehr Menschen diese Möglichkeiten nutzen und Lust bekommen, unseren gemeinsamen Weg mitzugestalten.

Auch unser Kreisvorstand lebt von unterschiedlichen Menschen. Von denen, die schon lange dabei sind und viel Erfahrung mitbringen, genauso wie von denen, die neu hinzugekommen sind und neue Perspektiven eröffnen. Jede und jeder hat eigene Stärken, Ideen und Vorstellungen davon, wie politische Arbeit gelingen kann. Für mich liegt eine große Chance darin, diese Unterschiede zusammenzubringen und daraus etwas Gemeinsames entstehen zu lassen. Dabei geht es nicht nur um die Aufgaben, die einem besonders liegen oder Spaß machen. Ganz ehrlich: Auch mir macht nicht alles Spaß, was zu dieser Arbeit gehört. Sitzungen vorbereiten, organisieren, schreiben, telefonieren, Anträge und Artikel schreiben ;-) – politische Arbeit besteht nicht nur aus den sichtbaren Dingen. Vieles passiert im Hintergrund und wird oft erst dann wahrgenommen, wenn es fehlt.

Ich möchte dabei auch ehrlich sein: Im Moment kostet mich diese Aufgabe viel Kraft. Ich gebe viel hinein, denke über vieles nach, versuche, Dinge voranzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Aber auch meine Kraft ist nicht unendlich. Manchmal habe ich das Gefühl, sehr viel auf meinen Schultern zu tragen. Und so wichtig mir diese Aufgabe ist, ich weiß auch: Meine Schultern allein können keinen ganzen Kreisverband tragen. Das sollen sie auch gar nicht. Ich brauche Unterstützung. Menschen, die mitdenken, mit anpacken und Verantwortung übernehmen. Menschen, die eigene Ideen einbringen und bereit sind, gemeinsam Dinge voranzubringen. Nicht, weil ich nicht weitermachen möchte, sondern weil ich möchte, dass wir gemeinsam langfristig etwas aufbauen können, ohne dass Einzelne dabei an ihre Grenzen kommen.

Ich möchte nicht alles allein schaffen müssen. Ich möchte, dass wir es gemeinsam schaffen.

Natürlich bringt jeder Mensch unterschiedliche Voraussetzungen mit. Nicht alle können alles und nicht alle haben gleich viel Zeit. Aber ich glaube, dass wir viel erreichen können, wenn jede und jeder das einbringt, was gerade möglich ist, und wir uns gegenseitig unterstützen. Ich möchte dazu beitragen, dass wir unsere Stärken noch besser nutzen, voneinander lernen und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Denn gemeinsam geht es nicht nur leichter. Gemeinsam können wir auch mehr bewegen.

Verantwortung heißt auch, abzugeben

Das habe ich auch in meiner Arbeit im Kreistag erfahren. Ich habe die Funktion der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden an Katharina Fritz abgegeben. Das war für mich keine einfache Entscheidung – aber eine bewusste. Denn auch das gehört für mich zu Verantwortung: zu erkennen, dass man nicht alles gleichzeitig machen kann. Ich möchte mich auf meine Aufgaben als Kreisvorsitzende konzentrieren und gleichzeitig meine Arbeit im Kreistag weiterhin engagiert und konzentriert wahrnehmen können.

Aufgaben abzugeben bedeutet nicht, weniger Verantwortung zu übernehmen. Es bedeutet auch, Prioritäten zu setzen, anderen Menschen Raum zu geben und ihnen zu vertrauen. Ich glaube, dass es wichtig ist, Verantwortung nicht nur anzunehmen, sondern auch zu teilen.

Der Spagat zwischen Kreisverband und Kreistagsmandat bleibt trotzdem eine Herausforderung. Beide Aufgaben sind wichtig, beide verlangen Zeit und Kraft. Und manchmal muss ich sehr bewusst überlegen, aus welcher Rolle heraus ich gerade handle. Auch darin lerne ich immer noch dazu.

Fortsetzung→

Anstoß

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken für die nächste Ausgabe bitte an: **redaktion.anstoss@gmx.de**

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

V.i.S.d.P.: Christin Ludwig • Die Linke Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt •Saalstraße 38 • 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! **Redaktionsschluss: 31.10.2026** • Die nächste Ausgabe erscheint demnächst. • Zuarbeiten, Beiträge und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Und dann ist da noch mein Kindergarten

Neben Partei und Kreistag gibt es meinen Kindergarten. Und eigentlich ist „Job“ dafür das falsche Wort. Der Kindergarten ist für mich viel mehr als der Ort, an dem ich mein Geld verdiene. Er ist ein Ort, an dem ich Zukunft gestalten darf – jeden Tag und im Kleinen. Mit den Kindern, mit meinen Kolleginnen und mit den Familien.

Dort erlebe ich, wie wichtig es ist, zuzuhören, Vertrauen zu geben, Unterschiede auszuhalten und Menschen zu ermutigen, ihre eigenen Stärken zu entdecken und zu nutzen. Und dort werde ich immer wieder geerdet. Der Kindergarten erinnert mich daran, warum politische Arbeit für mich wichtig ist: Am Ende geht es nicht um Funktionen oder Ämter. Es geht um Menschen und darum, welche Gesellschaft wir gemeinsam gestalten wollen. In welcher Zukunft wollen wir leben? Welchen Planeten und welche Demokratie wollen wir der nächsten Generation hinterlassen?

Diese Fragen verbinden für mich all meine Lebensbereiche mehr, als es auf den ersten Blick scheint. Ob im Kindergarten, im Kreistag oder im Kreisverband – überall geht es darum, Verantwortung zu übernehmen, Menschen einzubeziehen und Zukunft nicht einfach geschehen zu lassen, sondern sie aktiv mitzugestalten.

Reich beschenkt

Wenn ich nach diesem Jahr zurückblicke, fühle ich mich vor allem reich beschenkt – durch Menschen, die mich unterstützen, mir den Rücken stärken und mich immer wieder ermutigen. Ich bin dankbar für unseren Kreisverband und für die Menschen, mit denen ich gemeinsam arbeiten darf. Für unterschiedliche Meinungen, neue Ideen, Erfahrung und manchmal auch kontroverse Diskussionen. Denn ich glaube, dass wir gerade dann wachsen können, wenn wir unterschiedliche Perspektiven zulassen und gemeinsam nach guten Lösungen suchen.

Und ich bin dankbar für all die Menschen, die mich auf diesem Weg begleiten: für die guten und die kritischen Worte, für Vertrauen und Ermutigung, aber auch für die, die mich nicht alleine lassen, wenn ich gerade wieder zu viel auf einmal schaffen will.

Unser Landkreis hat Potenzial

Wenn ich auf unseren Kreisverband und unseren Landkreis schaue, sehe ich unglaublich viel Potenzial. Unser schöner, manchmal etwas verschlafener Landkreis bietet so viele Möglichkeiten, ihn mit unseren Werten und unseren Vorstellungen einer besseren Welt zu gestalten.

Dafür braucht es Menschen, die Ideen haben. Menschen, die kritisch fragen. Menschen, die Verantwortung übernehmen. Und Menschen, die einfach einmal ausprobieren wollen, was möglich ist.

Ich wünsche mir, dass wir neugierig bleiben, mutig neue Wege gehen und uns nicht von Rückschlägen entmutigen lassen. Dass wir nicht nur darüber sprechen, was besser werden könnte, sondern gemeinsam daran arbeiten. Und dass sich möglichst viele Menschen eingeladen fühlen, ihre Perspektiven und Ideen einzubringen.

Denn Veränderung beginnt dort, wo Menschen daran glauben, dass sie etwas bewirken können – und sich zusammentun, um es zu versuchen.

Nach diesem ersten Jahr weiß ich nicht, ob ich alles richtig gemacht habe – wahrscheinlich nicht. Aber ich weiß, dass ich nicht allein bin. Und vielleicht ist genau das die wichtigste Erkenntnis dieses Jahres: Ich muss nicht jeden Zweifel besiegen. Ich muss nur den Mut haben, trotz des Zweifels weiterzugehen. Mit Menschen an meiner Seite. Mit unseren gemeinsamen Werten. Mit dem Vertrauen, das mir entgegengebracht wird. Und mit der Hoffnung, dass wir gemeinsam etwas bewegen können – nicht alles auf einmal. Aber Schritt für Schritt.

Denn eine bessere Welt beginnt nicht irgendwann. Sie beginnt dort, wo Menschen sich zusammentun und gemeinsam versuchen, sie zu gestalten.

Auf ein weiteres Jahr – Gemeinsam.

Christin Ludwig

Kreisvorstand im Oktober

Über den Sommer scheint viel liegen geblieben, bei mir persönlich tatsächlich meine Arbeit im Kreisvorstand.

Aber nun melde ich mich zurück mit einem kurzen Einblick in unsere Sitzung am Montag, dem 26. Oktober.

Aufgrund der ersten herbstlichen Erkältungen verblieb ein Teil von uns am Bildschirm und schaltete sich auf diesem Weg nach Bad Blankenburg zu.

Wie ich schon schrieb, bei mir war die Arbeit im Kreisvorstand in der letzten Zeit nicht priorisiert und bei einigen anderen möglicherweise auch nicht. So sprachen wir zunächst über die allgemeine Aufgabenverteilung und Umverteilung dieser, um vor allem auch unsere Kreisvorsitzende Christin zukünftig zu entlasten.

In diesem Zuge sei auch erwähnt, dass wir eine Strukturanalyse des Kreisverbands durchführen wollen. Diese wird von Hugo vorbereitet.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung waren die WhatsApp- Gruppen bzw. neue Mitglieder, die darin aufgenommen werden. Vielfach wurde der Wunsch geäußert, dass sich Neumitglieder zukünftig vorstellen sollten o.ä., da das Gefühl vorherrscht, die Gruppe sei nun recht anonym. Da es ein doch recht langwieriger Vorgang werden könnte, wenn sich im Gegenzug zur Vorstellung eines neuen Mitgliedes nun alle bestehenden Mitglieder ihrerseits vorstellen, wollen wir das ganze etwas geringer ausfallen lassen und so doch noch auch die Privatsphäre wahren. Folglich kann ab sofort jede:r in den beiden WhatsApp- Gruppen unseres Kreisverbandes zum angezeigten Namen/Nummer ein Label hinzufügen, in dem der jeweilige Stadtverband steht und evtl. weitere Funktionen innerhalb der Partei. Wir im Kreisvorstand haben uns bereits gelabelt, und so könnt ihr sehen, wie das dann aussehen könnte und wir freuen uns über möglichst viele, die diese Option nutzen. Lieben Dank dafür!

Der nächste Tagesordnungspunkt trug die Überschrift „Kampagnenleitung“, die Margret und Hugo übernehmen werden und dabei auch die Unterstützung von Daniel und Josch bekommen.

Zu einem Workshop zum großen Thema „Mitgliederaktivierung“ im November in Erfurt fahren Margret und Isabelle.

Dann gab es für uns, und nun hier für euch, Neues aus den AGs:

AG Veranstaltung – es gibt bereits eine Vielzahl an Terminvorschlägen für 2027 und aktuell die Überlegung zu einer (bzw. mehreren) Weihnachtsfeier(n), die evtl. nicht groß im Kreisverband, sondern kleiner in den jeweiligen Stadtverbänden stattfinden könnten.

AG Wahlkampf – in Bad Blankenburg wird es nun monatlich einen Infostand geben und am 6. November gleich einen spezifischen, nämlich einen Infostand bzw. eine Kundgebung an der Sportschule, da dort an diesem Tag ein Flutlichtspiel gegen Mitglieder des Coburger Convent stattfindet.

AG Anstoß – wir rufen wie immer dazu auf, euch bitte gerne zu beteiligen und unseren Anstoß mit tollen Beiträgen zu füllen.

AG Mitgliederarbeit – hier wird aktuell geschaut, wie sich die Mitglieder innerhalb der AGs verteilen.

AG Digitalisierung – mit dieser neuen AG geben wir euch noch mehr Möglichkeit, euch einzubringen.

Aktuelle **Neuigkeiten aus den Stadtverbänden** haben wir gerade nur aus Bad Blankenburg und Saalfeld. Letzterer hat am 8.10. einen neuen Stadtvorstand gewählt (hierzu Artikel von Thomas Resperger) und Bad Blankenburgs Stadtvorstand tagt ab sofort monatlich und auch öffentlich für und mit den Mitgliedern.

Nach der Besprechung weiterer Termine und einem geschlossenen Teil konnten wir die Sitzung motiviert beenden.

In diesem Sinne, liebe Grüße aus dem Kreisvorstand,

Isabelle

Stadtverband Saalfeld Mitgliederversammlung 8. Oktober – Rückblick

Vor seiner Neuwahl hat der alte Stadtvorstand Saalfeld seiner Mitgliederversammlung am 8. Oktober 2026 einen Rückblick über die vergangene Zeit gegeben. Hier ist der Bericht:

Gestartet sind wir am 22. Juni 2023 mit 8 Mitgliedern in einer Phase, in der unsere Partei am Konflikt mit der Person Sahra Wagenknecht zu scheitern drohte, die AfD auch hier vor Ort immer stärker wurde und das Wahljahr 2024 vor der Tür stand. Diesen großen Herausforderungen stellten wir uns mit viel Engagement. Bereits im Herbst 2023 befragten wir nahezu flächendeckend die Bürgerinnen und Bürger Saalfelds nach ihren Sorgen und Problemen, nahmen Ideen und Anregungen auf, mussten aber auch viel Gegenwind aushalten.

Das Folgejahr war geprägt von den Wahlen – Kommunalwahl, Europawahl und im Herbst die Landtagswahl – einerseits und einem schmerzlichen Mitgliederverlust nach der Gründung des BSW andererseits. Trotz der schwierigen Situation unserer Partei gelang es uns, die bisher umfangreichsten Wahlkämpfe überhaupt zu stemmen. Angefangen von der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms, in das auch Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern einflossen, über Plakatierung, Infostände – erstmals auch bei Nacht - , Materialverteilung bis hin zu unzähligen Gesprächen an Türen, übern Gartenzaun und wo immer es möglich war.

Leider wurden wir für diesen kräftezehrenden Einsatz nicht belohnt. Bei allen Wahlen mussten wir herbe Verluste hinnehmen. Unsere Stadtratsfraktion schrumpfte auf nur noch zwei Mitglieder.

Wie schon oft wurden die Wahlen hier mehr von bundespolitischen als lokalen Themen dominiert und das desolate Bild, das unsere Bundespartei abgab, ließ sich selbst mit dem größten Engagement nicht wettmachen.

Zu dieser Zeit verließen drei unserer vier Genossen den Stadtvorstand.

Die Wahl unseres neuen Bundesvorstands im Oktober 2024 mit Ines und Jan an der Spitze brachte frischen Wind in unsere Reihen. Und während die Ampelregierung zerfiel und uns damit Neuwahlen bescherte, kamen nach und nach neue Mitglieder zu uns, schließlich in einem noch nie erlebten Ausmaß.

Einige von ihnen brachten sich auch gleich in den Winterwahlkampf ein und sorgten mit für ein unglaubliches Ergebnis.

Neben den die Wahlperiode bestimmenden Wahlkämpfen sorgte der Stadtvorstand jedes Jahr organisatorisch und personell für unsere Präsens zum 1. Mai im Schlosspark, zum 8. Mai auf dem Saalfelder Friedhof und zum traditionellen Detscherfest auf dem Markt. Eine Herzensangelegenheit ist uns der Internationale Frauentag, den wir zum Anlass nehmen, in der Öffentlichkeit Blumen an die Frauen zu verschenken und gern mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Und selbstverständlich bereiten wir unseren Genossinnen an diesem Tag eine Freude, in diesem Jahr auch wieder mit einer Feier, zu der unsere Bundestagsabgeordnete Mandy Eißing zu Gast war. Da viele Genossinnen nicht daran teilnehmen konnten, haben wir kurzerhand Hausbesuche gemacht und dementsprechend viel Zeit eingeplant. Bei dieser Gelegenheit kamen wir mit einigen unserer neuen Genossinnen erstmals persönlich in Kontakt.

Wir freuen uns außerordentlich über unsere Neumitglieder. Einige sind bereits aktiv in unsere Arbeit eingebunden.

Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es gäbe noch eine Menge mehr zu erzählen, über unsere regelmäßigen Beratungen als Gremium, über diverse Ehrungen und Gedenkveranstaltungen, aber auch über die Ehrung unserer Mitglieder zu besonderen Geburtstagen. Eine persönliche Gratulation ist ein Zeichen von Wertschätzung und unsere älteren Mitglieder sind sehr dankbar dafür. Ich finde, es darf in unserer Partei gern auch menscheln und ich wünsche mir sehr, dass diese persönliche Nähe auch künftig erhalten bleibt.

Doris Födisch
Stadtvorstand Saalfeld

Anm. d. Red.: Der Bericht wurde an die Versammlung gerichtet und durch uns stark gekürzt. Er war verbunden mit deutlichem Dank und Wertschätzung an die Versammlung für die geleistete Arbeit, aber auch mit der offenen Frage, wie wir unsere Neumitglieder besser in unsere Arbeit integrieren können und auch an Veranstaltungen wie z.B. das Detscherfest heranführen, wo der Stadtverband mehr Unterstützung benötigt.

– neuer Stadtvorstand gewählt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Saalfeld wurde am 8. Oktober im Haskala der neue Stadtvorstand gewählt.

Nach der Begrüßung durch Doris Födisch gab es einen Bericht des „alten" Stadtvorstands und eine Diskussion.

Danach wurden acht Genossinnen und Genossen als Mitglieder des Vorstands gewählt:

Doris Födisch
Margret Schmidt
Sabine Österreicher
Viola Rümpler
Benjamin Seidel
Jürgen Reuß
Martin Spitzer
Thomas Resperger

Sven Kurzhauer (Mitglied im Bau- und Wirtschaftsausschuss, Bauhof der Stadt Saalfeld, Kultur-, Sozial-, Schul- und Sportausschuss) berichtete aus seiner Arbeit im Stadtrat. Beide Mitglieder des Stadtrates wurden von Bärbel Weihrauch, die selbst viele Jahre für Die Linke im Stadtrat aktiv war, für ihre Arbeit gelobt.

Welche Aufgaben hat nun der Stadtvorstand?

Er koordiniert und gestaltet die Arbeit der Partei vor Ort. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

- die politische Arbeit in Saalfeld zu organisieren und weiterzuentwickeln
- die Mitglieder vor Ort einzubeziehen und die Zusammenarbeit zu stärken
- Versammlungen, Veranstaltungen und politische Aktionen vorzubereiten und durchzuführen
- kommunalpolitische Themen aufzugreifen und den Austausch mit der Fraktion zu unterstützen
- die Öffentlichkeitsarbeit der Partei vor Ort zu koordinieren
- die Interessen der Saalfelder Mitglieder im Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt einzubringen
- neue Mitglieder zu gewinnen und Menschen für die politische Arbeit zu interessieren
- gemeinsam politische Schwerpunkte und Aktivitäten für Saalfeld zu entwickeln.

Die neu gewählten Mitglieder entschieden sich für ein gleichberechtigtes Gremium ohne Leitung. Diese Entscheidung soll in der konstituierenden Sitzung am 4.11.26 im Haskala noch einmal diskutiert werden.

Da ich selbst zum ersten Mal in ein politisches Gremium gewählt wurde, wünsche ich mir und uns allen für diese herausfordernde und wichtige Aufgabe viel Erfolg, Tatkraft und Freude.

Es bleibe nicht unerwähnt, dass für die besagte Mitgliederversammlung für das leibliche Wohl mit gesundem Vollkornbrot, Obst und ausgezeichneten Aufstrichen wunderbar gesorgt wurde. Vielen Dank dafür!

Thomas Resperger



Stolpersteinverlegung in Saalfeld

Am 30. September fand in Saalfeld die Verlegung von Stolpersteinen statt. Begonnen hatte der Tag mit einem gemeinsamen Friedensgebet im Gemeindehaus Am Hohen Ufer, an dem ca. 80 Menschen teilnahmen. Der erste Stolperstein wurde dann für Eugen Gütermann verlegt – Am Hohen Ufer 3 direkt vor den Eingang des dortigen Kindergartens „Haus kunterbunt“. Eine Gruppe vom Kindergarten war neben sehr vielen weiteren Gästen bei der Verlegung dabei. Der Bürgermeister der Stadt Saalfeld, Dr. Kania, begrüßte auch die Enkeltochter von Eugen Gütermann, die zur Verlegung anwesend war. Ein Vertreter des Landesamts für Denkmalschutz und Vertreter der Stadt hatten an allen Orten, an denen Stolpersteine verlegt wurden, inhaltliche Beiträge zu den Geehrten vorbereitet, außerdem wurden historische Bilder der jeweiligen Gebäude gezeigt.

Weiter ging es dann zum nächsten Verlegeort in die Fleischgasse 20 (direkt vor Margrets Tattoo-Studio). Dort wurde ein Stein für Oskar Grossmann verlegt, der dort seinen letzten bekannten Wohnort hatte.

Die nächste Verlegung fand in der Oberen Straße 16 für Gustav Steinberg statt.

In der Köditzgasse 21 wurden 5 Stolpersteine verlegt: für Louis Leopold Sachs, Paula Sachs, Kurt David Sachs, Ilse Sachs und Erich Sachs. In dem Haus betrieb die Familie bis 1938 eine Darmhandlung, im Zug der „Arisierung“ wurde sie von den Faschisten zwangsenteignet. Als wir in der Einfahrt des Hauses standen, fiel uns das Firmen-Schild der jetzigen Betreiber (Fleischereibedarf Heinecke) auf. In altdeutscher Schrift steht dort zu lesen „Seit 1938 Qualität und Tradition im Dienst der Kunden“. Das hatte nicht nur für mich einen sehr seltsamen, bitteren Beigeschmack (siehe dazu auch den Bericht in der OTZ am 02.10.26).

Weitere drei Stolpersteinen fanden ihren Platz in der Zetkinstraße 1 für Elias Hirschowitz, Irma Hirschowitz und Günther Hirschowitz. Anwesend war bei der Verlegung auch eine Schulklasse des Gymnasiums, die sich mit deren Geschichte und Schicksal beschäftigt haben.

Für mich war es ein sehr beeindruckender Tag und ich finde es sehr gut, dass so viele Menschen die Patenschaft für die Stolpersteine übernommen haben, unter ihnen die Omas gegen Rechts.

Was für mich dann auch irgendwie zum Tag passte, war die am Nachmittag stattfindende Anhörung im Thüringer Landtag zu einem AfD-Verbotsverfahren. Dort hat mich besonders die Anhörung von Hape Kerkeling sehr berührt und beeindruckt.

Daniel Starost





Foto: Tom

Stolpersteinverlegung
Fotos: Daniel

Bericht aus dem Kreistag

6. Oktober 2026: Die 13. Sitzung des Kreistags

Diese Kreistagssitzung begann mit einem positiven und erfreulichen Moment. Der wiedergewählte Landrat Marko Wolfram wurde für seine neue Amtszeit vereidigt.

Anschließend wurde durch die Verwaltung die Tagesordnung verändert, die Tagesordnungspunkte der AfD wurden von der Tagesordnung genommen. Dies begründete der Landrat zum einen mit Nichtzuständigkeit und zum anderen mit sehr hohem personellem Aufwand. Dies kam uns deutlich entgegen, da wir sowieso dagegen gestimmt hätten und entsprechende Redebeiträge vorbereitet hatten. So wurde der AfD aber gar nicht erst die Plattform für Aufmerksamkeit geboten. Nach der Bestätigung der geänderten Tagesordnung durften wir den Bericht der Bildungszentrum Saalfeld GmbH für das Geschäftsjahr 2025 folgen und sehen, welche hervorragende Arbeit dort geleistet wird.

Als nächster Tagesordnungspunkt stand die Entlastung des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt an, wo wir einen kurzen Überblick über die aktuelle Marktsituation erhielten und anschließend die Verwaltungsratsmitglieder entlasteten. Die Kreissparkasse steht aus Sicht der Geschäftsführung auf solidem Fundament und ist für künftige Geschäfte vorbereitet. Kreistagsmitglieder mahnten in ihren Wortbeiträgen jedoch davor, weitere Einsparungen in der Technik der Servicebereiche durchzuführen, da ältere Bürgerinnen und Bürger sonst abgehängt würden und die Kreissparkasse nicht mehr als „Ihre Bank vor Ort“ wahrnehmen könnten.

Als Tagesordnungspunkt 6 stand die Benutzungsordnung sowie Vergabe- und Entgeltordnung kreiseigener Sport- und Spielanlagen zur Abstimmung. Zuvor wurde diese Ordnung mehrfach durch Ausschüsse verändert und angepasst, so dass diese dann in der 3. Änderungsfassung zum Beschluss gelangte und beschlossen wurde. Anschließend ging es mit der Entgeltordnung des Thüringer Landesmuseums Heidecksburg weiter, bei der eine Erhöhung der Eintrittspreise in der Beschlussvorlage stand. Dieser Beschluss wurde durch den Kreistag mit einer Gegenstimme – von mir – gefasst.

Einer der Tagesordnungspunkte mit dem größten Medieninteresse im Nachgang, war sicherlich der Punkt Grundsatzbeschluss zum Neubau eines Gefahrenabwehrzentrums im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, bei dem es erst einmal um die grundlegende Aufgabenstellung für die Verwaltung ging, ein entsprechendes Zentrum zu planen. Dabei ist seit Jahren klar, dass der jetzige Zustand der Unterbringung sowohl der Ehrenamtlichen als auch der Fahrzeuge nicht mehr haltbar ist. Einsatzfahrzeuge müssen überdacht abgestellt werden, um sie nicht der Witterung und damit einer schnelleren Alterung auszusetzen. Weiterhin stehen aktuell die Fahrzeuge im Kreisgebiet verteilt und im Ernstfall sind die Anfahrtswege zu den Fahrzeugen deutlich zu lang. Das ganze Thema und die aktuellen Zustände haben die Einsatzkräfte beim Brand Gösselsdorf sehr deutlich bemerkt und im Nachgang des Katastrophenfalls auch dem Kreistag und den Ausschüssen deutlich aufgezeigt.

Die CDU/FDP Fraktion hatte noch beantragt, dass die Verwaltung des Landkreises eine Berichterstattung zum Liegenschaftsmanagement und seiner Beteiligungen hält, dies wurde durch die Verwaltung im Vorfeld schriftlich durchgeführt und nur kurz vom Landrat ausgeführt.

Sascha Krüger
Mitglied des Kreistags

Bericht aus dem Stadtrat Saalfeld

September

Mit traurigem Anlass begann die Stadtratssitzung September. Unsere langjährige Stadträtin Helga Musiol ist verstorben. Von 2004 bis 2014 wirkte Helga für uns im Saalfelder Stadtrat. Ihr größtes Projekt war die Errichtung einer Minigolfanlage. Hier wirkte sie parteiübergreifend und warb umfangreiche Spendengelder ein. Ihr Herzensprojekt scheiterte letztlich an der Bereitstellung eines entsprechenden Grundstücks durch die Stadt. Auch nach ihrer Zeit traf man Helga bei Veranstaltungen an, bei denen es ums Mitmachen geht. So z.B. beim 1. Mai, Detscherfest oder als zuverlässige Verteilerin vom Anstoß und von Informationsmaterialien. Aktivität war ihre Maxime. Im Juni besuchte sie, trotz schwerer Krankheit, noch einmal ihr geliebtes Saalfelder Freibad. Auch die Geschehnisse im Stadtrat verfolgte sie bis zuletzt. Gern erinnere ich mich an ihre Telefonate. Helga wollte nicht nur wissen, sie suchte auch Erklärungen. OTZ und Anstoß waren ihre Pflichtlektüre. Im Juni hatten wir den letzten Kontakt.

Nach dem traurigen Teil ging die Tagesordnung in eine Ehrung mit der Goldenen Bürgermedaille für Frau Andrea Kühn über. Frau Kühn war von 1986 bis 1996 Bürgermeisterin von Eyba, anschließend bis 2018 Ortsteilbürgermeisterin und seitdem ist sie Ortssprecherin (aufgrund von Eingemeindungen hat sich der Titel immer wieder verändert). Seit 2019 sitzt sie für die CDU im Saalfelder Stadtrat. Parteiübergreifend ist sie hochgeachtet.

Weniger emotional ging es dann weiter. Der Jahresabschluss 2025 für den Kulturbetrieb Meininger Hof wurde festgestellt. Das Ergebnis war positiv und so mussten nicht alle Zuschüsse ausgezahlt werden. Die Werksleitung konnte entlastet und ein Prüfer für das Jahr 2026 beauftragt werden.

Weiterhin hatten sich die Stadträte mit neuen Konzessionsverträgen zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen für die allgemeine Stromversorgung in den Saalfelder Ortsteilen beschäftigt. Die bestehenden Verträge existieren bis 2030 und im Sinne der Planungssicherheit soll schon jetzt für die nachfolgende Zeit ausgeschrieben werden.

Für das „Sondergebiet Saalfelder Feengrotten“ erfolgte ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan. Der Plan soll in einem Gesamtkonzept Einzelgenehmigungen am Standort ersetzen.

Für die neu zu bauende Grundschule Gorndorf können zusätzliche Fördermittel im Rahmen des Start-Chancen-Programms vom Bund generiert werden. Auch hier bedurfte es eines Beschlusses. Abschließend wählten die Stadträte zwei Schiedspersonen für die Schiedsstellen Saalfeld I und Saalfeld II.

Eine Information des Bürgermeisters zum Ende der Sitzung ist für Eigenheimbesitzer interessant. Das Land Thüringen änderte die Berechnung der Grundsteuer, da diese nach dem neuen alten (Änderung eines Urteils und damit Auftrag vom Bundesverfassungsgericht) Modell übermäßig belastet wurden. Die neue Regelung entlastet Eigenheimbesitzer und belastet stärker Gewerbegrundstücke. In der Novembersitzung wird der Stadtrat hierfür den Hebesatz beschließen. Bis dahin werden belastbare Zahlen vom Finanzamt vorliegen. Die Stadt möchte den aktuellen Hebesatz von 490 % beibehalten. Damit könnte aber eine jährliche Mindereinnahme von 1 Mio. EUR, infolge Neuberechnung, entstehen. Das Versprechen an die Bürger, in der Gesamtsumme nicht mehr Geld einzunehmen als vor der Grundsteuerreform, bleibt damit gewahrt. Gemessen an der Finanzlage der Stadt und zukünftiger Aufgaben erscheint mir die Differenz doch etwas hoch und ich halte einen kleineren „Sicherheitspuffer“ zur Einhaltung des Versprechens für überlegenswert.

Wer mehr über linke Kommunalarbeit in unserer Region erfahren möchte, merke sich bitte jeweils den zweiten Dienstag eines Monats vor (sofern kein Feiertag). Da trifft sich die AG Kommunalpolitik vom Kreisverband. Schnuppert doch einfach mal rein!

Sven Kurzhauer

Oktober

Auch diese Sitzung begann, wie üblich, mit dem Bericht des Bürgermeisters. Er konnte verkünden, dass die Wiederaufnahme der Planung für die Umgestaltung des Kirchplatzes möglich war, da Fördergelder zur Verfügung stehen. Somit kann im Juni 27 mit den Umgestaltungsarbeiten begonnen werden.

Die durch den Glasfaserausbau entstandenen Mängel im Zechengrund werden bis November beseitigt.

Der TÜV hat alle Gemeindespielplätze geprüft. Dabei gefundene Mängel werden durch den Bauhof beseitigt.

Im Anschluss folgte der für diese Sitzung spannendste Bericht: Gregor Zeh, Leiter der Landespolizeiinspektion Saalfeld, informierte zur Kriminalstatistik und aktuellen Lage der Landespolizeiinspektion.

Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es für Saalfeld, Rudolstadt, den Saale-Orla-Kreis und Sonneberg fünf Dienststellen. In Saalfeld sind 500 Beamte angestellt, das gegenwärtige Soll wären 599. Allerdings wurde die Personalbemessung das letzte Mal 2012 durchgeführt; seither ist die Einwohnerzahl gesunken. Für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt sind 4 Streifenwagen im Einsatz.

2025 wurden im Stadtgebiet Saalfeld 2.181 Straftaten registriert (das ist das Hellfeld – das heißt, die angezeigten und ermittelten Straftaten). Dies entspricht zwei Dritteln der Taten im Städtedreieck. Hierbei wurde festgestellt, dass die Zahl der Rauschgiftdelikte gesunken ist (was aber auch der neuen Gesetzgebung geschuldet ist). Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikte und Vermögens- und Fälschungsdelikte sind steigend.

Bei einem Anteil von 14.422 Ausländern und 214.401 Deutschen an der Bevölkerung verteilen sich die Straftaten (Tatverdächtige nach Herkunft) auf 921 ausländische und 4.434 deutsche Tatverdächtige. Hierbei überwiegen bei den ausländischen Tatverdächtigen Delikte im Hoheitsbereich und bei Beleidigungen (untereinander).

Zur politisch motivierten Kriminalität gibt es Folgendes zu berichten: 2025 wurden insgesamt 412 Fälle registriert, davon 100 Fälle, die nicht eindeutig politisch zuordenbar waren (Schmierereien etc.), des Weiteren 211 rechtsextreme bzw. rechtsmotivierte Straftaten, 94 linksextremistische bzw. linksmotivierte, 3 ausländische und 4 religiöse Straftaten (in Saalfeld). In den Wahljahren (Bundestag, Regionalwahlen) lag die Zahl etwas höher, es zählen hier auch Beschädigungen von Wahlplakaten und Demoverstöße dazu.

Zunehmend werden auch Internet- und Telefonbetrugsversuche angezeigt.

Beim Vandalismus, der auch immer mehr zunimmt, liegt die Aufklärungsrate bei nur 10 bis 12 Prozent. Das ist der Tatsache geschuldet, dass nicht immer ein Streifendienst vor Ort sein kann und viele Taten erst Tage später entdeckt und angezeigt werden.

Wer mehr über die Dunkelfeldstudie (nicht offiziell angezeigte oder bemerkte Straftaten) wissen möchte, dem steht im Internet der SKID-Bericht zur Verfügung.

Als zweiten interessanten Tagesordnungspunkt berichtete Herr Bastam vom Planungsbüro „Vitaminoffice Architekten“ zur dritten Entwurfsplanung zum Ersatzbau der Grundschule „Am roten Berg“ in Gorndorf.

Es sind sehr anschauliche und wirklich schöne Pläne. Das alte Sokolov ist wunderbar in den Bau einbezogen und mit dem Neubau verknüpft. Für die Schüler entsteht ein helles, großzügiges und grünes Lerngebäude mit Platz zum Entfalten. Ein großer Speisesaal mit Küche zum Lernen gibt eine Möglichkeit zum Entspannen in den Pausen. Der große Eingangsbereich des „Sokolov“ wird hell und großzügig gestaltet und steht auch den Bibliotheksbesuchern zur Verfügung. Die Sanitärbereiche sind großzügig bemessen. Man möchte spontan sagen: „In dieser Schule hätte ich auch gerne gelernt“.

Damit war der wohl längste Teil der Sitzung beendet.

Folgende Beschlüsse bzw. Informationen gab es noch:

- Der Sitzungsplan des Stadtrates für 2027 wurde beschlossen.
- Die Teilnahme am Programm zur zentralen Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen des Freistaates Thüringen mit den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht es der Stadt, für die Feuerwehr ein Spritzenfahrzeug mehr zu erwerben. Da stimmten natürlich alle Stadträte zu, denn unsere Feuerwehr braucht jedes Ausrüstungsteil, um effektiv arbeiten und retten zu können.
- Herr Andreas Schleizer wurde als sachkundiger Bürger in den Bau- und Wirtschaftsausschuss berufen, Frau Cornelia Moersch als sachkundige Bürgerin in den Kultur-, Sozial-, Schul- und Sportausschuss. Beide sind Mitglieder vom Seniorenbeirat, aus dessen Gremium der Wunsch zur Entsendung der sachkundigen Bürger kam.
- Das Heimatmuseum hat in den 50er Jahren einige Museumsobjekte an ein Museum in Lutherstadt Wittenberg verliehen, die schon damals nicht in die Saalfelder Sammlung passten. Das fiel bei einer Prüfung der Museumsbestände auf. Um die Verleihung auf sicheren Boden zu stellen, sollen diese Objekte zu einem symbolischen Preis von 1,00 € an die Stadt Wittenberg verkauft werden. Dem stimmte der Stadtrat zu.

Das waren die wesentlichen und interessantesten Beschlüsse aus der Sitzung.

Wer Fragen oder Anregungen hat, kann sich jederzeit an Sven oder mich wenden. Wir werden stets zeitnah antworten.

Anja Rosenbusch

Demo des DGB gegen Sozialkahlschlag

Für den 26. September mobilisierte der DGB bundesweit unter dem Motto „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“ zu Demonstrationen gegen die Pläne der Bundesregierung.

Die Anmeldung für den Bus, der Demonstrierende aus Ostthüringen nach Erfurt brachte, war unkompliziert und schnell erledigt.

Die Auftakt-Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz war schon gut besucht, leider waren die Redebeiträge nicht gut zu verstehen. Die anschließende Demonstration zog vom Bahnhof über den Juri-Gagarin-Ring, an der Staatskanzlei vorbei zum Anger. Rund 4.000 Menschen nahmen daran teil. Auch wenn ich mir eine höhere Beteiligung gewünscht hätte, war das ein Gänsehaut-Moment, zu sehen wie viele Menschen sich hinter den Forderungen des DGB versammeln.

In Höhe der Staatskanzlei hielt Christian Schaft einen kurzen Redebeitrag, in dem er die Politik der Brombeere und der Bundesregierung scharf kritisierte.

Die Redner:innen auf der Abschlusskundgebung auf dem Anger machten deutlich, welche Schneise der Verwüstung die Politik der Bundesregierung durch den Sozialstaat und die Rechte der abhängig Beschäftigten und die Demokratie schlägt. Mit deutlichen Worten wurde Abschaffung des 8-Stunden-Tages und die Möglichkeit, Arbeitsverträge für vier Jahre zu befristen, auch als Angriff auf die Demokratie kritisiert. Der Redner der EVG schlug den großen Bogen von den Rechten der Beschäftigten über den Klimawandel hin zur Militarisierung der Politik.

R.S.

Genossen, haltet den Kurs!

Gegen Opportunismus, Klassenversöhnung und die politische Entwaffnung der Linken!

Es ist eine bittere Erscheinung unserer Zeit, dass ausgerechnet in einer gesellschaftlichen Situation, in der die extreme Rechte mit erschreckender Geschwindigkeit an Einfluss gewinnt, in der nationalistische und autoritäre Kräfte immer unverhohlener nach staatlicher Macht greifen und in der die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft täglich deutlicher hervortreten, eine Partei, die sich dem Sozialismus verpflichtet sieht, einen erheblichen Teil ihrer politischen Kraft darauf verwenden muss, sich gegenüber den Vertretern eben jener gesellschaftlichen Ordnung zu rechtfertigen, deren Überwindung doch zu ihrem erklärten und historischen Anspruch gehört.

Während die AfD in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent der Stimmen erreicht, ihre Funktionäre in parlamentarische Spitzenämter gelangen und während innerhalb der CDU die angeblich unüberwindliche Brandmauer gegen die extreme Rechte sich offen als Phantasma zeigt, erleben wir, wie nach dem Wahlsieg der Linken in Berlin erneut Antisemitismusvorwürfe und Forderungen nach politischen Distanzierungen die öffentliche Auseinandersetzung bestimmen.

Die Linke erringt 25,7 Prozent und wird stärkste Kraft, doch statt die gesellschaftlichen Ursachen dieses Wahlergebnisses, die soziale Frage und die politischen Perspektiven der arbeitenden Bevölkerung zum Mittelpunkt der Diskussion zu machen, werden ihre Funktionäre in Verhandlungen gedrängt, in denen andere Parteien auch über den Umgang mit den eigenen Mitgliedern, über politische Erklärungen und über die Grenzen innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten mitbestimmen wollen.

Man muss sich diesen Widerspruch einmal in seiner ganzen Tragweite vor Augen führen: Während eine Partei mit weitgehend reformistischen Forderungen ihre gesellschaftliche Anerkennung gegen immer neue politische Zugeständnisse verteidigt, gewinnt auf der anderen Seite eine extreme Rechte an Macht, die autoritäre Herrschaftsvorstellungen mit der grundsätzlichen Verteidigung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse zu verbinden vermag!

Was sagt uns das über die gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse? Was sagt es über die Grenzen des parlamentarischen Reformismus? Und was sagt es vor allem über den Zustand einer sozialistischen Partei, wenn sich ihre politische Führung immer wieder genötigt sieht, ihre eigenen Genossinnen und Genossen gegenüber den staatstragenden Parteien zu rechtfertigen, anstatt selbstbewusst die gesellschaftlichen Interessen zu vertreten, auf denen ihre politische Existenz beruht?

Ich bin der Überzeugung, dass wir diese Fragen nicht länger auf die Ebene einzelner Presseerklärungen, persönlicher Verfehlungen oder parlamentarischer Verhandlungstaktik reduzieren dürfen, denn dahinter verbirgt sich ein weit grundlegenderer Widerspruch: der Gegensatz zwischen dem historischen Anspruch einer sozialistischen Bewegung und ihrer zunehmenden Anpassung an die politischen Bedingungen des kapitalistischen Staates.

Eine marxistisch-materialistische Betrachtung darf sich nicht mit der Oberfläche politischer Ereignisse begnügen. Sie muss die gesellschaftlichen Verhältnisse untersuchen, aus denen diese Ereignisse hervorgehen, die Klasseninteressen erkennen, die das politische Handeln beeinflussen, und die materiellen Grenzen sichtbar machen, innerhalb derer sich die parlamentarische Demokratie bewegt.

DENN DER KLASSENKAMPF HÖRT NICHT DORT AUF, WO DAS PARLAMENT BEGINNT!

Antisemitismus ist und bleibt eine reaktionäre Ideologie, die mit dem Anspruch sozialistischer Emanzipation unvereinbar ist, und wo sich antisemitische Vorstellungen, Verschwörungserzählungen oder die kollektive Verantwortlichmachung jüdischer Menschen für staatliches Handeln zeigen, müssen sie ohne Ausflüchte benannt und bekämpft werden.

Aber gerade weil dieser Kampf von so grundlegender Bedeutung ist, darf er nicht mit der politischen Unterordnung unter die außenpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung verwechselt werden, denn die Kritik an Nationalismus, Besatzung, Kolonialismus und staatlicher Unterdrückung verliert ihre Berechtigung nicht dadurch, dass sie sich gegen einen Staat richtet, dessen Sicherheit zur deutschen Staatsräson erklärt wurde.

Die Geschichte Palästinas ist eine Geschichte, in der die Vertreibung von Hunderttausenden Menschen während der Nakba, der Verlust von Land und Lebensgrundlagen, militärische Besatzung, fortgesetzter Siedlungsbau und die jahrzehntelange Verweigerung wesentlicher Rechte auf nationale Selbstbestimmung eine zentrale Rolle spielen. Der Internationale Gerichtshof stellte 2024 die Rechtswidrigkeit der fortdauernden israelischen Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten fest; Human Rights Watch und Amnesty International haben die israelische Herrschaftspolitik gegenüber Palästinensern als Apartheid eingeordnet, während Amnesty International und eine unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu der Schlussfolgerung gelangten, dass Israel im Gazastreifen Völkermord begangen hat. Israel bestreitet den Genozidvorwurf, über den der Internationale Gerichtshof noch nicht abschließend entschieden hat.

Wer diese Vorgänge aus ihrem historischen Zusammenhang löst, wer aus Jahrzehnten der Besatzung und Entrechtung lediglich eine scheinbar endlose Abfolge gegenseitiger Gewalttaten macht und wer die materiellen Machtverhältnisse zwischen einer Besatzungsmacht und der unter Besatzung lebenden Bevölkerung ausblendet, der liefert aus meiner Sicht keine hinreichende Erklärung dieses Konflikts, sondern lässt jene gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Hintergrund verschwinden, ohne deren Betrachtung die gegenwärtige Gewalt überhaupt nicht begriffen werden kann.

Der Mord an Zivilisten und die Geiselnahmen durch die Hamas am 7. Oktober 2023 waren schwerste Verbrechen. Doch auch sie heben weder das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Bevölkerung noch die Verantwortung des israelischen Staates für seine eigenen Handlungen auf.

Und wenn Genossinnen und Genossen diese Widersprüche benennen, sie die israelische Regierung, den Zionismus als politische Nationalbewegung oder die Unterstützung Israels durch westliche Staaten kritisieren, dann muss anhand ihrer tatsächlichen Aussagen beurteilt werden, ob sie antisemitische Positionen vertreten, statt ihre politische Haltung von vornherein mit Judenfeindschaft gleichzusetzen.

Eine Partei, die sich dem Internationalismus verpflichtet sieht, steht hier vor einer grundsätzlichen Frage: Wie kann sie glaubwürdig gegen Imperialismus und nationale Unterdrückung auftreten, wenn sie aus Sorge vor parlamentarischen Konsequenzen ihre eigene Kritik zunehmend von der Zustimmung jener abhängig macht, deren außenpolitische Positionen sie ursprünglich infrage stellen wollte?

Dabei sehe ich die größte Gefahr nicht allein in den Angriffen von außen, sondern in der Bereitschaft mancher Funktionäre, diesen Druck in die eigenen Reihen weiterzutragen und Genossinnen und Genossen vorschnell öffentlich preiszugeben, anstatt konkrete Vorwürfe sorgfältig zu prüfen, berechtigte Kritik zuzulassen und unbegründete

Anschuldigungen ebenso entschieden zurückzuweisen.

Die Solidarität einer sozialistischen Bewegung bedeutet gewiss nicht, tatsächliches Fehlverhalten zu entschuldigen; sie bedeutet jedoch ebenso wenig, dass ein Mensch, der gemeinsam mit uns gegen Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung eintritt, beim ersten politischen Gegenwind zum Gegenstand öffentlicher Distanzierungsrituale werden darf.

Wenn politische Anerkennung durch andere Parteien wichtiger wird als die eigene politische Überzeugung, wenn die Aussicht auf Regierungsämter schwerer wiegt als die Verteidigung grundlegender Positionen und wenn der nächste Koalitionsvertrag zunehmend den Horizont unserer politischen Vorstellungskraft bestimmt, dann müssen wir die Frage stellen, ob aus parlamentarischer Taktik nicht längst eine grundsätzliche Anpassung geworden ist.

UND HIER, GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEGT DIE EIGENTLICHE FRAGE DES REFORMISMUS!

Denn was ist die heutige parlamentarische Praxis der Linken anderes als der Versuch, die gesellschaftlichen Folgen einer kapitalistischen Produktionsweise durch Reformen zu begrenzen, deren eigentliche Eigentums- und Machtverhältnisse jedoch weitgehend unangetastet bleiben?

Gewiss, höhere Löhne, bezahlbare Wohnungen, sichere Renten, eine bessere Gesundheitsversorgung und öffentliche Daseinsvorsorge sind notwendige soziale Errungenschaften, und niemand, der die wirklichen Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung kennt, sollte deren Bedeutung geringschätzen; doch wer darin bereits den Sozialismus erkennt, der verwechselt die zeitweilige Verbesserung der Lage einer ausgebeuteten Klasse mit der Überwindung jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihre Ausbeutung überhaupt erst hervorbringen.

Die Geschichte der Sozialdemokratie bietet genügend Anlass, über diese Unterscheidung nachzudenken. Was ursprünglich als politischer Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Klassenordnung begann, entwickelte sich in wesentlichen Strömungen zu einer Politik, die ihren gesellschaftlichen Horizont zunehmend innerhalb jener Ordnung suchte, deren Widersprüche sie zu überwinden beansprucht hatte.

Gerade hierin erkenne ich eine bedrückende Ähnlichkeit mit manchen heutigen Positionen unserer Partei, die zwar den Sozialismus weiterhin in ihren programmatischen Grundsätzen führt, deren politische Praxis aber zunehmend von der Frage bestimmt wird, welche Verbesserungen sich unter den gegebenen Bedingungen des Kapitalismus parlamentarisch verwirklichen lassen.

Doch diese Bedingungen sind nicht neutral! Sie werden durch die Eigentumsverhältnisse, die Macht des Kapitals über Investitionen und gesellschaftliche Produktion, die internationale Konkurrenz der Nationalstaaten und die Abhängigkeit staatlicher Einnahmen von wirtschaftlichen Prozessen bestimmt, die sich der unmittelbaren demokratischen Kontrolle weitgehend entziehen.

Was heute unter günstigen Kräfteverhältnissen als Reform durchgesetzt wird, kann morgen durch veränderte politische Mehrheiten, wirtschaftliche Krisen oder den Druck kapitalistischer Interessen wieder eingeschränkt werden, und gerade darin zeigt sich die geschichtliche Begrenztheit einer Politik, die ihre Erfolge innerhalb einer Gesellschaftsordnung sichern will, deren materielle Grundlagen sie unverändert bestehen lässt.

Wie viele soziale Rechte mussten Generationen von Arbeitern mühsam erkämpfen? Wie viele ihrer Errungenschaften wurden später wieder eingeschränkt, ausgehöhlt oder privatisiert? Und wie oft mussten jene, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, anschließend erneut um das kämpfen, was ihnen zuvor bereits zugestanden worden war?

Die Frage lautet deshalb nicht, ob Reformen notwendig sind, sondern ob die Verbesserung der bestehenden Verhältnisse zum endgültigen Inhalt einer Politik werden darf, die sich auf die Überwindung eben dieser Verhältnisse beruft.

DER KAPITALISMUS WIRD NICHT DADURCH ZUM SOZIALISMUS, DASS SEINE VERWALTUNG SOZIALER GESTALTET WIRD.

Und während wir innerhalb unserer eigenen Partei darüber streiten, wie weit die Anpassung an die parlamentarischen Verhältnisse gehen darf, erleben wir, wie sich die extreme Rechte anschickt, ihre Stellung in eben diesen staatlichen Institutionen weiter auszubauen.

Die Wahl des AfD-Politikers Tobias Rausch zum Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt, bei der er mehr Stimmen erhielt, als AfD und BSW gemeinsam besaßen, muss uns nachdenklich machen, zumal die Herkunft der zusätzlichen Stimmen wegen der geheimen Abstimmung eher einem offenen Geheimnis als Spekulation gleicht und sich erhebliche Zweifel an der Geschlossenheit der sogenannten Brandmauer ergeben haben. Wir dürfen uns von diesen Nebelkerzen nicht täuschen lassen.

Doch eine materialistische Betrachtung dieser Entwicklung darf nicht bei der berechtigten Empörung über die AfD stehen bleiben, denn der Faschismus ist historisch nicht einfach als Ansammlung besonders verwerflicher moralischer Vorstellungen zu begreifen, sondern muss auch in seinem Verhältnis zu gesellschaftlichen Krisen, zur Klassenherrschaft, zum Nationalismus und zu den Interessen wirtschaftlicher Macht untersucht werden.

Kapitalistische Eigentumsverhältnisse können unter demokratischen wie unter autoritären politischen Formen bestehen, und die bloße Tatsache, dass eine Bewegung das parlamentarische System angreift, bedeutet keineswegs, dass sie zugleich die ökonomische Herrschaft des Kapitals beseitigen will.

Die AfD stellt diese Eigentumsordnung nicht grundsätzlich infrage, sondern verbindet nationalistische und autoritäre Vorstellungen mit wirtschaftspolitischen Positionen, die das kapitalistische Privateigentum im Wesentlichen erhalten wollen. Gerade deshalb greift eine Analyse zu kurz, die diese Partei ausschließlich als Feindin demokratischer Umgangsformen betrachtet, ohne zugleich nach ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen zu fragen.

Aus meiner Sicht zeigt sich darin ein grundlegender Unterschied zwischen der Bedrohung einer bestimmten politischen Form staatlicher Herrschaft und der Bedrohung jener ökonomischen Verhältnisse, auf denen die Klassenherrschaft beruht.

Der moderne kapitalistische Staat ist nicht einfach eine über der Gesellschaft schwebende, von ihren Klassenverhältnissen unabhängige Einrichtung, sondern Teil jener Ordnung, innerhalb derer die Verfügung über Produktionsmittel, der Verkauf der Arbeitskraft und die private Aneignung gesellschaftlich erzeugten Reichtums rechtlich gewährleistet werden.

Dass solche Institutionen zugleich demokratische Rechte schützen und Austragungsorte gesellschaftlicher Klassenkonflikte sein können, ändert nichts daran, dass ihre Handlungsmöglichkeiten durch die bestehenden Produktionsverhältnisse geprägt sind.

Auch die deutsche Geschichte bietet genügend Gründe, diese Zusammenhänge nicht zu vergessen. Das Verbot der KPD im August 1956 und die anschließende strafrechtliche Verfolgung zahlreicher Kommunisten gehören zur Geschichte der Bundesrepublik, ebenso wie das bereits 1952 ausgesprochene Verbot der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei. Die unterschiedlichen historischen und rechtlichen Voraussetzungen dürfen dabei nicht unterschlagen werden; sie entheben uns jedoch nicht der Frage, welche gesellschaftlichen Funktionen staatliche Repression unter konkreten politischen Bedingungen erfüllt.

Wer heute die Einleitung einer Prüfung über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren bereits als entscheidenden politischen Erfolg betrachtet, sollte bedenken, dass die juristische Behandlung einer Partei noch keine Antwort auf die materiellen Voraussetzungen ihres gesellschaftlichen Aufstiegs darstellt und dass ein Verbot, selbst wenn es rechtsstaatlich begründet und durchgesetzt würde, die autoritären, nationalistischen und rassistischen Vorstellungen in der Bevölkerung nicht einfach verschwinden ließe.

Gerade mit Blick auf das Wahljahr 2029 dürfen wir deshalb die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten nicht mit der bloßen Hoffnung verwechseln, dass die staatlichen Institutionen dieses Problem an unserer Stelle lösen werden.

Doch ebenso wenig darf die Bedrohung durch die extreme Rechte zu einem Vorwand werden, jede theoretische Auseinandersetzung mit dem Reformismus zu unterlassen, denn eine Arbeiterbewegung, die ihren eigenen gesellschaftlichen Auftrag aus den Augen verliert, ist nicht schon dadurch stark, dass sie parlamentarisch gegen autoritäre Parteien Stellung bezieht.

Hier liegt für mich die eigentliche Verantwortung der Linken.

Wir sprechen von einer klassenlosen Gesellschaft, doch eine solche Gesellschaft entsteht nicht durch einen Wechsel von Ministerpräsidenten, die Übernahme parlamentarischer Ämter oder durch die bloße Umverteilung eines Teils des gesellschaftlich erzeugten Reichtums, solange die Grundlagen seiner privaten Aneignung unangetastet bleiben.

Die Arbeiterklasse, und darunter verstehe ich nicht allein den Industriearbeiter, sondern alle Menschen, deren Existenz unmittelbar oder mittelbar von der Lohnarbeit abhängt, weil sie nicht über die wesentlichen Produktionsmittel verfügen, schafft durch ihre gesellschaftliche Arbeit die materiellen Voraussetzungen unseres gemeinsamen Lebens, während die Verfügung über diese Produktion weiterhin in höchst ungleicher Weise organisiert ist.

In den Betrieben, in der Pflege, im Verkehr, in der Landwirtschaft, in den Verwaltungen und in der gesamten gesellschaftlichen Infrastruktur zeigt sich täglich, dass die Produktion längst ein gemeinschaftlicher, gesellschaftlicher Prozess ist, dessen Ergebnisse jedoch unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen angeeignet und verteilt werden.

Darin liegt der Widerspruch, den Marx in das Zentrum seiner Kritik der politischen Ökonomie stellte: zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, dem Reichtum, den die arbeitenden Menschen schaffen, und der Macht, die ihnen über die Bedingungen dieser Produktion selbst vorenthalten bleibt.

Wenn wir diesen Widerspruch nicht länger zum Ausgangspunkt unserer Politik machen, wenn wir die Klassenfrage immer weiter zugunsten parlamentarischer Verhandlungsfähigkeit zurückstellen und wenn die Selbstorganisation der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der Verwaltung staatlicher Institutionen an Bedeutung verliert, dann müssen wir uns ernsthaft fragen, welchen Inhalt unser sozialistischer Anspruch überhaupt noch besitzt.

Die Arbeiterklasse ist kein Stimmvieh, das lediglich alle paar Jahre an die Urnen gerufen werden soll, um anschließend die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einer parlamentarischen Führung zu überlassen; sie ist die gesellschaftliche Kraft, deren eigene Organisation, deren gemeinsames Klassenbewusstsein und deren Verfügung über die Bedingungen der Produktion zu den entscheidenden Fragen einer sozialistischen Perspektive gehören.

Dabei besteht die historische Aufgabe nicht darin, die bisherigen Herrschenden einfach durch andere zu ersetzen und die alten Machtverhältnisse unter einem neuen Namen fortzuführen, sondern darin, die materiellen Grundlagen gesellschaftlicher Klassenherrschaft überhaupt zu überwinden.

WIR SPRECHEN NICHT VON EINEM KAPITALISMUS MIT MENSCHLICHEREM GESICHT, SONDERN VON EINER GESELLSCHAFT, IN DER DIE HERRSCHAFT DES KAPITALS ÜBER DIE MENSCHLICHE ARBEIT SELBST AUFGEHOBEN IST!

Genossinnen und Genossen, gerade weil die gesellschaftliche Situation so ernst ist, dürfen wir unsere innerparteilichen Widersprüche nicht durch Schweigen überdecken, dürfen wir die Grenzen des Reformismus nicht aus falsch verstandener Rücksicht verschweigen und dürfen wir den Sozialismus nicht zu einem feierlichen Bekenntnis herabsetzen, das in Parteiprogrammen erhalten bleibt, während es aus der täglichen Politik zunehmend verschwindet.

Ebenso wenig dürfen wir jedoch vergessen, welchen hohen Preis die Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte für ihre eigene Zersplitterung bezahlt hat. Die Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Endphase der Weimarer Republik gehört zu den bittersten Lehren jener Zeit, und wer sich heute auf die revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung beruft, muss auch bereit sein, aus ihren verhängnisvollen politischen Irrtümern zu lernen. Wenn ihr mich fragt wenn ich lieber an meiner Seite sehe, dann fällt die Wahl immer auf den Sozialdemokraten anstatt dem Nationalsozialisten.

Solidarität bedeutet nicht, auf Kritik zu verzichten. Solidarität verlangt vielmehr, dass politische Widersprüche offen, sachlich und mit dem Bewusstsein gemeinsamer gesellschaftlicher Interessen ausgetragen werden, anstatt die eigene Partei durch gegenseitige Verdächtigungen, öffentliche Distanzierungsrituale und die ständige Anpassung an fremde politische Erwartungen zu erschöpfen.

Es darf nicht die Aufgabe einer sozialistischen Partei sein, ihre gesamte politische Existenz auf den Nachweis zu verwenden, dass sie für die Verwaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung ungefährlich sei, denn eine Bewegung, deren erklärtes Ziel die Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft ist, kann ihre geschichtliche Bedeutung nicht daraus ableiten, wie bereitwillig sie sich mit deren Fortbestand arrangiert.

Das ist der entscheidende Widerspruch, den ich in unserer gegenwärtigen politischen Situation erkenne.

Der Reformismus verspricht Verbesserung innerhalb des Bestehenden, während der Sozialismus die Frage nach dessen materieller Überwindung stellt; der parlamentarische Kompromiss sucht die Verständigung zwischen unterschiedlichen Interessen, während die marxistische Klassenanalyse danach fragt, warum diese Interessen überhaupt in einem grundlegenden gesellschaftlichen Gegensatz zueinander stehen; und die politische Anpassung bemüht sich um Anerkennung durch die vorhandenen Institutionen, während die sozialistische Perspektive deren gesellschaftliche Voraussetzungen selbst zum Gegenstand der Kritik macht.

An diesem Gegensatz führt kein Weg vorbei, wenn wir unseren Anspruch ernst nehmen.

Für mich bedeutet die gegenwärtige Auseinandersetzung deshalb weit mehr als einen Streit um Berlin, um einzelne Funktionäre oder um die nächste parlamentarische Koalition. Sie berührt die grundlegende Frage, ob Die Linke ihren Sozialismus weiterhin als gesellschaftliches Ziel versteht, das ihre Politik tatsächlich bestimmt, oder ob er zunehmend zur historischen Erinnerung einer reformistischen Partei wird.

Eine Partei, die für sich beansprucht, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, muss sich daran messen lassen, welchen Beitrag sie zur Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse leistet, aus denen Ausbeutung, ökonomische Abhängigkeit und Klassenherrschaft hervorgehen.

Und wenn wir eines aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen können, dann doch dies: Die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern sich nicht allein durch wohlklingende Programme oder durch die Anerkennung politischer Gegner und nicht dadurch, dass die bestehenden Institutionen von Menschen mit besseren Absichten verwaltet werden, sondern durch die Entwicklung gesellschaftlicher Kräfte, die ihre gemeinsamen Interessen erkennen und die materiellen Grundlagen der Herrschaft selbst infrage stellen.

DER SOZIALISMUS IST NICHT DIE FREUNDLICHERE VERWALTUNG DES KAPITALISMUS. ER IST DER ANSPRUCH AUF DESSEN ÜBERWINDUNG.

Darin liegt für mich die historische Aufgabe unserer Bewegung, darin der Maßstab ihrer politischen Glaubwürdigkeit und darin die Frage, an der sich ihre Zukunft entscheidet.

EIN FINGER LÄSST SICH BRECHEN. FÜNF BILDEN EINE FAUST.

Max

Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag

Am 5. September lud der Thüringer Landtag zum Tag der offenen Tür. Da ich leichtsinnigerweise mit dem Auto anreiste, schaffte ich es gerade noch so zur Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden in den gut gefüllten Plenarsaal. Alle Vorsitzenden der Fraktionen (bis auf die AfD, Höcke ließ sich von seinem Vize vertreten) nahmen an der Runde teil. Moderiert wurde die gut 90 Minuten dauernde Veranstaltung von Elena Vogel (Funke-Medien) und Lars Sänger (MDR). Auffällig viele Abgeordnete der AfD bevölkerten den Saal, die Runde war eigentlich dazu gedacht, die Fragen der Bevölkerung direkt und ungefiltert an die Politiker:innen stellen zu können.

Breiten Raum nahmen erwartungsgemäß der Austritt der meisten Abgeordneten aus dem BSW und Fragen zur Zukunft der Brombeer-Koalition ein.

Die erste Fragestellerin, die ehemalige Ortsteilbürgermeisterin von Grumbach (Stadt Wurzbach), zieh den Vorsitzenden der AfD-Fraktion Höcke, der – so wörtlich – "Parlamentsprostitution". Sie bemängelte die ständigen und erfolglosen Anträge der AfD zu Vertrauensabstimmung bzw. zur Auflösung des Landtages.

Zum Ende der Fragerunde wurden die AfD-Anhänger im Saal immer lauter und brüllten eine Fragestellerin in ungebührlicher Art und Weise nieder. Hier hätte aus meiner Sicht die Moderation deutliche Worte finden müssen.

Mit viel Applaus wurde die Intervention von Christian Schaft, Vorsitzender der Fraktion Die Linke bedacht, der deutlich machte wie notwendig und sinnvoll die Abgrenzung zur gesichert rechtsextremen AfD gerade in der Kommunalpolitik ist.

Dicht umlagert waren nach der Runde, aus aktuellem Anlass, die Protagonisten des ehemaligen BSW Katja Wolf, Steffen Schütz und Sigrid Hupach.

Man konnte sich über das Entstehen eines Gesetzes informieren und an den Ständen der Parteien mit Abgeordneten ins Gespräch kommen.

R.S.



beruhigendes Herbstbild, da in dieser Zeitung zu wenig Bilder sind
Foto: Tom

Warum ich noch in der Partei bin

Ich bin Anfang letzten Jahres in die Partei eingetreten. Seither ist manches passiert. Warum bleibe ich?

Dafür gibt es gute Gründe:

1. Es gab keinen Grund die Partei zu verlassen

2. Es gibt viele Gründe dabei zu bleiben

3. Keine andere Partei vertritt auch nur annähernd meine Interessen

4. Es wird immer dringlicher, links zu sein

Ich arbeite in der Suchtberatung. Es kann auch eine Sucht sein, auf der richtigen Seite stehen zu wollen und für die Wahrheit zu kämpfen. Diese Sucht habe ich. Und meine Erfahrung in der Partei zeigt: Ich teile sie mit vielen anderen.

Es braucht Mut, Zeit zu investieren. Und es braucht Zeit, Dinge in Bewegung zu bringen. Und es braucht Kraft und Ausdauer, menschenverachtende Bewegungen zu stoppen!

Viele Mitbürger sind auf dem rechten Auge blind. Es muss ihnen die Augen geöffnet werden.

Dazu haben wir als Die Linke eine Sehhilfe: Unser Parteiprogramm (2011). Darin steht schon in der Präambel:

„Die Linke als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft... Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. ... Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wir wollen die großartigen Ideen, die Visionen und schöpferischen Kräfte der Menschen für überzeugende politische Vorhaben nutzen, um Hunger und Armut zu überwinden, um die Folgen des Klimawandels und der Umweltkatastrophen in den Griff zu bekommen.

Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus und Militarismus.

Wir wollen die neuen Möglichkeiten der Wissensaneignung, des kulturellen Austauschs und der Kommunikation für eine lebenswerte Zukunft nutzen.

Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern...

Wir kämpfen für einen SYSTEMWECHSEL!!!

Und jetzt frage ich euch, werte Genossinnen und Genossen, und auch euch, ihr sympathischen Sympathisant:innen:

Ist das nicht ausreichend? Ist das nicht eine großartige Arbeitsgrundlage? Das linke Projekt bürgt für Qualität, Professionalität und garantiert eine lebenswerte Zukunft. Kosten und Mühen sollen nicht gescheut werden, wenn es darum geht, ein selbst gestecktes Ziel zu erreichen.

Und wenn dir das Ziel zu hoch ist, dann mache den ersten kleinen Schritt in die richtige Richtung. Alle, die guten Willens sind, sind willkommen!

Freundschaft!

Thomas Resperger

Der Gruß „Freundschaft!", der einigen Leser:innen als Gruß der FDJ, der Freien Deutschen Jugend der DDR, bekannt sein dürfte, hat eine viel längere Geschichte. Die begann vor mehr als hundert Jahren in Österreich.

Unter Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten wurde er schon seit dem 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts verwendet. Auch in der Sowjetunion wurde er anfangs – bis zum Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion 1941 – auf Deutsch verwendet. Danach wurde er durch Дружба ersetzt.

Anfang der 1920er Jahre suchte die Jugendorganisation „Österreichische Kinderfreunde" nach einer Alternative zu nationalsozialistisch geprägten „Heil"-Grüßen. „Freundschaft" war Ausdruck für Gleichheit, Solidarität, Internationalismus. Von Österreich gelangte der Gruß schnell zu deutschen Arbeiterjugend-Verbänden.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Gruß in der DDR aufgegriffen und Gruß der FDJ.

Traditionsbewusst grüßen SJD – Die Falken bis heute mit Freundschaft, aber auch Mitglieder der SPD und der SPÖ.

Red.

Termine

Mi 04. Nov 2026 • 17.30 Uhr
Saalfeld, Haskala
• Stadtvorstand Saalfeld

Mi 04. Nov 2026 • 19.30 Uhr
• Linkstreff digital

Mo 09. Nov 2026
Saalfeld und Rudolstadt
• Holocaust-Gedenken

Di 10. Nov 2026 • 17.00 Uhr
Bad Blankenburg, Büro
• AG Kommunalpolitik

Do 12. Nov 2026 • 15.00 Uhr
Saalfeld, Weltladen
• Treff am Donnerstag

Mi 18. Nov 2026 • 19.30 Uhr
• Linkstreff digital

Do 19. Nov 2026 • 18.00 Uhr
• AG Digitalisierung

Mo 23. Nov 2026 • 18.00 Uhr
Bad Blankenburg, Büro
• Kreisvorstand hybrid (parteiöffentlich)

Mi 25. Nov 2026 • 18.30 Uhr
• Mitglieder-Treffen Stadtverband Saalfeld

Di 01. Dez 2026 • 00.00 Uhr
Nordhalbkugel
• Meteorologischer Winteranfang

Mi 02. Dez 2026 • 19.30 Uhr
• Linkstreff digital

Sa 05. Dez 2026 • abends zu Hause
• Schuhe (besser noch: Stiefel) putzen und rausstellen



Mo 07. Dez 2026 • 12.00 Uhr
Saalfeld • Infostand

Do 10. Dez 2026 • 15.00 Uhr
Saalfeld, Weltladen
• Treff am Donnerstag

Mo 14. Dez 2026 • 18.00 Uhr
Bad Blankenburg, Büro
• Kreisvorstand hybrid (parteiöffentlich)

Mi 16. Dez 2026 • 18.30 Uhr • BO-Mitglieder-Treffen Stadtverband Saalfeld

Mi 16. Dez 2026 • 19.30 Uhr
• Linkstreff digital

Sa 19. Dez 2026 • 12:00 Uhr
Bechtedt
• Gedenken an die ermordeten Häftlinge

Mo 21. Dez 2026 • 21.50 Uhr
Nordhalbkugel
• astronomischer Winteranfang - die Tage werden wieder länger

Spenden

Die Linke hat als einzige im Bundestag vertretene Partei niemals Spenden aus Wirtschaft, von Unternehmen und Konzernen angenommen.
Politik darf nicht käuflich sein!

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Die Linke Saalfeld-Rudolstadt



Treff am Donnerstag

Der nächste Donnerstagstreff findet am 12. November statt, der folgende am 10. Dezember – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld, in letzter Zeit mit der Tendenz, auch nach 18 Uhr noch weiter zu diskutieren.

Natürlich gibt es wieder fair gehandelten Kaffee und Tee. Costa-Rica-Cola, Mate und Limo – alles fair gehandelt – werden auch gern getrunken. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden. Und diese leckere Schokolade, die auf der Schokoladenseite im Dezember-Heft angepriesen wurde...

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im ['solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

Übrigens ist der Laden barrierefrei, auch mit Rollatoren oder Rollstühlen ist die Teilnahme am Donnerstagstreff möglich...

nächste Treffs:
Do 12. Nov
und dann am
10. Dezember
Weltladen Saalfeld

Zitat des Monats

»Es gibt nichts Schöneres, als an einem Esstisch in Beverly Hills zu sitzen, umgeben von eleganten Leuten, und ihnen zu sagen, dass man ein Sozialist ist!«

Sir Patrick Stewart (1940 - 2026)





Foto: Wolfgang Staudte 1955 • via wikimedia.commons • Noske, J.D. / Anefo - Nationaal Archief • CC BY SA 3.0 nl

15. Oktober 1946

„Die Mörder sind unter uns“

Am 15. Oktober 1946 fand im Admiralspalast in Berlin die feierliche Premiere des Spielfilms „Die Mörder sind unter uns“ statt. Es war die erste Großproduktion der im selben Jahr gegründeten DEFA und der allererste deutsche Spielfilm der Nachkriegszeit überhaupt.

Noch heute ist dieses Werk von Regisseur Wolfgang Staudte Mahnmal und künstlerisches Fundament für die Auseinandersetzung mit der Schuld und den Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs.

Staudte drehte mitten im zerstörten Berlin und begründete das Genre des deutschen „Trümmerfilms“. Die ausdrucksstarken Schwarz-Weiß-Aufnahmen fangen die beklemmende Atmosphäre der Trümmerlandschaften ein und spiegeln den Zustand der Gesellschaft wider.

Im Zentrum der Handlung stehen eine KZ-Überlebende, gespielt von der damals 21-jährigen Hildegard Knef, und ein traumatisierter Militärarzt. Als dieser seinem ehemaligen Kompaniechef begegnet, der für ein Massaker an Zivilisten verantwortlich war und nun als wohlhabender Geschäftsmann unbehelligt ein zufriedenes Leben führt, sinnt der Arzt auf Selbstjustiz. Ihr gelingt es im entscheidenden Moment, ihn daran zu hindern und stattdessen für eine rechtsstaatliche Sühne einzustehen.

Der Film fragt nach der Aufarbeitung von NS-Verbrechen zu einer Zeit, in der viele Menschen lieber verdrängen als sich erinnern wollten. Ursprünglich sah Staudtes Drehbuch die Tötung des Täters vor, doch auf Anraten der sowjetischen Behörde wurde das Ende abgeändert, die Notwendigkeit ordentlicher Gerichtsverfahren betont.

Wolfgang Staudte arbeitete sowohl für die DEFA als auch für westliche Filmstudios. Die DEFA verdankt ihm unter anderem „Der Untertan“ (1951) und „Die Geschichte vom Kleinen Muck“ (1953).

„Es ist schwer die Welt zu verbessern mit dem Geld von Leuten, die die Welt in Ordnung finden.“

Wolfgang Staudte über seine Erfahrungen mit der Filmwirtschaft im Westen